



2003/041

Kanton Basel-Landschaft

Regierungsrat

Vorlage an den Landrat

betreffend Aufträge, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung erfüllt worden sind

Vom 28. Januar 2003

Inhalt	Seite		Seite
1 Einleitung			
2 Abzuschreibende Aufträge		3 Aufträge die weiterhin bearbeitet werden	
2.1 Finanz- und Kirchendirektion		3.1 Finanz- und Kirchendirektion	
- 2.1.1 Postulate	2	- 3.1.1 Postulate	5
- 2.1.2 Motionen	2	- 3.1.2 Motionen	7
2.2 Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion		3.2 Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion	
- 2.2.1 Postulate	2	- 3.2.1 Postulate	8
- 2.2.2 Motionen	3	- 3.2.2 Motionen	10
2.3 Bau- und Umweltschutzdirektion		3.3 Bau- und Umweltschutzdirektion	
- 2.3.1 Postulate	3	- 3.3.1 Postulate	10
- 2.3.2 Motionen	4	- 3.3.2 Motionen	14
2.4 Justiz-, Polizei- und Militärdirektion		3.4 Justiz-, Polizei- und Militärdirektion	
- 2.4.1 Postulate	4	- 3.4.1 Postulate	14
- 2.4.2 Motionen	5	- 3.4.2 Motionen	16
2.5 Erziehungs- und Kulturdirektion		3.5 Erziehungs- und Kulturdirektion	
- 2.5.1 Postulate	5	- 3.5.1 Postulate	16
- 2.5.2 Motionen	5	- 3.5.2 Motionen	17
2.6 Landeskanzlei		3.6 Landeskanzlei	
- 2.6.1 Postulate	5	- 3.6.1 Postulate	17
- 2.6.2 Motionen	5	- 3.6.2 Motionen	17
		4 Anträge	17

1 Einleitung

Gemäss § 46 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Landrates vom 21. November 1994 unterbreiten wir Bericht und Antrag über diejenigen Motionen und Postulate, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung durch eine Vorlage oder einen Bericht des Regierungsrates erfüllt worden sind.

Die Vorlage enthält die **vor dem 1. Januar 2002** überwiesenen, noch **nicht erfüllten Postulate** und die **vor dem 1. Januar 2001** überwiesenen, noch **nicht erfüllten Motionen** gemäss § 46 Absatz 1 der Geschäftsordnung, und zwar mit einer Begründung zu denjenigen Aufträgen, deren Abschreibung wir beantragen (Ziffer 2), und mit einer kurzen Auskunft über den Stand der Bearbeitung jener Aufträge, die weiterhin beim Regierungsrat hängig bleiben sollen (Ziffer 3).

2 Abzuschreibende Aufträge

2.1 Finanz- und Kirchendirektion

2.1.1 Postulate

2.1.1.1 2000/049; Postulat von Esther Maag vom 24. Februar 2000: Arbeitsteilungs-Modelle bei Verwaltungskadern und Gerichtspräsidien; überwiesen am 19/10/2000

Die Regierung hat im Jahresprogramm 2001 (Massnahme 2.06.02) beschlossen, projektweise zusätzliche qualifizierte Teilzeitstellen zu schaffen. Das zur Umsetzung initiierte Projekt ist seit dem 2. Quartal 2002 in den Direktionen im Gange.

Antrag: Das Postulat sei als erfüllt abzuschreiben.

2.1.2 Motionen

Keine

2.2 Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion

2.2.1 Postulate

2.2.1.1 1998/039; Postulat von Hansruedi Bieri vom 19. Februar 1998: Ausbildung von kommunalen Wirtschaftsbeauftragten; überwiesen am 14/05/1998

Der Gemeindeverwalterverband organisiert für die Gemeindeverwalterinnen und Gemeindeverwalter verschiedene Ausbildungsangebote in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule beider Basel. Im Jahre

2003 sind Ausbildungsmodule zum Thema Wirtschaftsförderung und Standortmarketing mit Referenten aus dem Bereich Wirtschaftsförderung (WIBB, Wifö Regio Laufental, Wirtschaftsdelegierter BL) geplant.

Antrag: Das Postulat sei als erfüllt abzuschreiben.

2.2.1.2 1999/245; Postulat der SP-Fraktion vom 25. November 1999: Für eine aktive Industriepolitik; überwiesen am 25/11/1999

Im Rahmen der Sammelvorlage 2002/020 betreffend Aufträge, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung erfüllt worden sind, wurde über die eingeleiteten Massnahmen zur Intensivierung der Industriepolitik informiert. Im Jahre 2002 wurde weiter an dieser "Aktivierung" gearbeitet: So wurde die Stelle des Wirtschaftsdelegierten ausgeschrieben und per 1. Oktober 2002 besetzt sowie ein Wirtschaftsbericht Basel-Landschaft 2002 (LR-Vorlage 2002/296) erarbeitet und im Rahmen einer Medienkonferenz des Gesamtregierungsrates am 17. Dezember 2002 der Öffentlichkeit vorgestellt. Das Anliegen betreffend Vertiefung der bestehenden Bestandesaufnahme über die regionale Wirtschaft wurde erfüllt. Die Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion, die Wirtschaftskammer Baselland und die Raiffeisenbanken der Nordwestschweiz haben 2002 gemeinsam die BAK Basel Economics mit der Erstellung von Analysen und Prognosen für 10 Regionen der Nordwestschweiz beauftragt. Die Resultate wurden im November 2002 im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung präsentiert. Damit wurde die Grundlage geschaffen, um zukünftige Veränderungen zu erfassen, zu analysieren und Probleme frühzeitig zu erkennen. Die Anliegen des Postulates sind aus Sicht des Regierungsrates heute erfüllt.

Der Regierungsrat gestattet sich, seinen Antrag auf Abschreibung zu erneuern.

2.2.1.3 1999/247; Postulat der FDP-Fraktion vom 25. November 1999: Einrichtung eines Krisendispositivs; überwiesen am 25/11/1999

Das Postulat wurde im Jahre 1999 in Zusammenhang mit der drohenden Schliessung der ADtranz eingereicht. Das Anliegen besteht in der Einrichtung eines Krisendispositivs für die Bewältigung von ausserordentlichen Fragestellungen, wie zum Beispiel verwaltungsinterne Konflikte oder Betriebsschliessungen. Solche ausserordentlichen Fragestellungen manifestieren sich jedesmal anders und sind nicht "kochbuchartig" zu lösen. Dies im Gegensatz zum Bevölkerungsschutz. Während vorsorgliche Organisationsmassnahmen und auch die Ausbildung und regelmässige Durchführung von Übungen im Zusammenhang mit dem Bevölkerungsschutz wichtig sind, lässt sich mit Bezug auf wirtschaftliche Ereignisse oder verwaltungsinterne Konflikte kein Dispositiv vorbereiten, das alle Eventualitäten befriedigend abdecken könnte. Im konkreten Fall geht es darum, mit

hoher Sozialkompetenz und unter Beizug der für den konkreten Fall erforderlichen Fachkompetenz vorzugehen, die Situation zu beurteilen und Massnahmen einzuleiten. Die Regierung hat, wie ihr im Postulat auch attestiert wurde, bewiesen, dass sie gewillt und in der Lage ist, energisch und wirksam zu handeln.

In diesem Sinne gestattet sich der Regierungsrat, seinen Antrag auf Abschreibung des Postulates nochmals zu stellen.

2.2.1.4 2000/243; Postulat der Grünen Fraktion vom 30. November 2000: Für eine langfristige regionale Gesundheits- und Spitalplanung; überwiesen am 25/01/2001

Im Herbst 2001 wurde von den Regierungen BS und BL das Projekt Regionale Spitalplanung beider Basel initiiert. In diesem sind die wichtigsten Teilnehmer am Gesundheitswesen vertreten. Am 28. November 2002 wurde ein erster Zwischenbericht (LR-Vorlage 2002/136) von den beiden Parlamenten zur Kenntnis genommen. Die Arbeiten sind noch im Gang. Bereits bei der Entgegennahme des Vorstosses lehnte der Regierungsrat eine generelle kurz- oder mittelfristige Ausdehnung der Kommission auf die weiteren Nachbarkantone sowie auf das benachbarte Ausland ab. Es ist allerdings geplant, im Laufe des Jahres 2003 die Resultate aus den Anstrengungen in der Spitalplanung mit den Nachbarkantonen zu verzahnen.

Antrag: Das Postulat sei als erfüllt abzuschreiben.

2.2.1.5 2001/033; Postulat von Max Ritter vom 8. Februar 2001: Poststellenschliessung – Noch zwei Poststellen im Kreis Gelterkinden?; überwiesen am 08/02/2001

Die Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion hat mit den Verantwortlichen der Schweizerischen Post mehrfach intensive Gespräche geführt und dabei immerhin erreicht, dass die Post ihre Kommunikation und ihr Vorgehen gegenüber den Gemeinden verbesserte und in regionalen Gesprächsrunden zusammen mit den Gemeinden nach tragbaren Lösungen suchte. Eine energische Demarche des Regierungsrates beim Vorsteher des UVEK, Bundesrat Moritz Leuenberger, und bei Postkonzernchef Ulrich Gygi erfolgte im Herbst 2001. Leider wurde anschliessend im Nationalrat eine Motion, die ein Moratorium bei der Poststellenrestrukturierung forderte, relativ knapp abgelehnt. Die Post setzt ihren Restrukturierungsauftrag deshalb systematisch weiter um.

Der Regierungsrat sieht zur Zeit in diesem Bereich keinen politischen bzw. rechtlichen Handlungsspielraum mehr und beantragt, die Postulate 2001/033 und 2001/032 abzuschreiben.

2.2.1.6 2001/032; Postulat der FDP-Fraktion vom 8. Februar 2001: Zukunftssicherung der Postdienstleistungen im Baselbiet; überwiesen am 08/02/2001

Siehe Stellungnahme zum Postulat 2001/033 von Max Ritter.

Antrag: Das Postulat sei abzuschreiben.

2.2.2 Motionen

Keine

2.3 Bau- und Umweltschutzdirektion

2.3.1 Postulate

2.3.1.1 1996/150; Postulat von Robert Piller vom 10. Juni 1996: Direkte Eisenbahnverbindung Suisse Romande - Region Basel gefährdet; überwiesen am 09/01/1997

Die drei Forderungen nach einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit der Solothurner Regierung in der Frage eines Schnellzugshaltes für die Bahnstation Dornach-Arlesheim sind geprüft und erfüllt. *Antrag: Das Postulat sei abzuschreiben.*

2.3.1.2 1997/133; Postulat der SP-Fraktion vom 19. Juni 1997: Angebot von Dienstleistungen des Sicherheitsinspektorates an die Nachbarkantone; überwiesen am 04/12/1997

Dem Sicherheitsinspektorat sind in den letzten drei Jahren zusätzliche Vollzugsaufgaben im Bereich Organismen und im Bereich Gefahrguttransporte übertragen worden. Der Personalbestand wurde bis jetzt nicht erhöht. Das Sicherheitsinspektorat hat während dieser Zeit auch seine Möglichkeiten betreffend Dienstleistungen geprüft, welche den Kantonen im Raum der Nordwestschweiz angeboten werden könnten. Die Prüfung hat ergeben, dass eine Übernahme von Dienstleistungen im Sinne des Postulats mit dem gegenwärtigen Personalbestand und den finanziellen Ressourcen nicht verantwortbar ist. Ein Angebot von Dienstleistungen gefährdet innerhalb der heute bestehenden Rahmenbedingungen die Erfüllung des vom Parlament erteilten Leistungsauftrags. Der Austausch von Fachwissen zwischen den Vollzugsstellen der Nordwestschweiz und dem nahen Ausland findet in verschiedenen Arbeitsgruppen und Expertengremien statt. Dieses Arbeitsprinzip hat sich bewährt, ist mit den vorhandenen Ressourcen vertretbar und wird in Zukunft weitergeführt.

Bei der Prüfung des Postulats wurde realisiert, dass der politische Wille zur Schaffung eines "Sicherheits-

inspektorats Nordwestschweiz" in den meisten Kantonen nicht vorhanden ist. Wegen der unterschiedlichen Verwaltungsstrukturen bevorzugt die Mehrheit eine themenbezogene Arbeitsweise mittels interdisziplinärer Projektgruppen.

Antrag: Das Postulat sei abzuschreiben.

2.3.1.3 2000/132; Postulat von Ruedi Moser vom 8. Juni 2000: Sanierung und Vermeidung von weiterem Bahnlärm in Pratteln; überwiesen am 21/09/2000

Mit dem Plangenehmigungsverfahren (PGV) "Lärmsanierung der Eisenbahnen" in der Gemeinde Pratteln vom 08. Januar 2002 haben die SBB und das zuständige Bundesamt für Verkehr (BaV) ihre gesetzliche Pflicht erfüllt.

Antrag: Das Postulat sei abzuschreiben.

2.1.3.4 2001/068; Postulat von Franz Hilber vom 22. März 2001: Veröffentlichung der Achsenzählung auf den Eisenbahnlinien; überwiesen am 10/05/2001

Die Überwachung der Lärmentwicklung der SBB ist in der "Verordnung über die Lärmsanierung der Eisenbahnen" SR 742.144.1 in Artikel 5 festgehalten. Das Bundesamt für Verkehr (BaV) führt Erhebungen über die Entwicklung des Eisenbahnlärms durch und informiert periodisch über deren Ergebnisse. Dabei werden auch Achszähler und Geschwindigkeitssensoren eingesetzt. Eine solche Monitoring-Station befindet sich zwischen Itingen und Sissach an der Stammlinie Basel-Olten.

Antrag: Das Postulat sei abzuschreiben.

2.1.3.5 2001/112; Postulat der SP-Fraktion vom 26. April 2001: Aktive Landreservenpolitik für die Wirtschaftsförderung; überwiesen am 31/05/2001

Auf Antrag der BUD und VSD konstituierte sich eine Arbeitsgruppe Raum und Wirtschaft unter der momentanen Federführung des Amts für Raumplanung. Eine Aufgabe der Arbeitsgruppe ist es, sicherzustellen, dass die erforderlichen Grundlagen im Sinne des Postulats zur Verfügung stehen.

Antrag: Das Postulat sei abzuschreiben.

2.3.2 Motionen

Keine

2.4 Justiz-, Polizei- und Militärdirektion

2.4.1 Postulate

2.4.1.1 2001/006; Postulat von Rita Kohlermann vom 11. Januar 2001: Eco-Drive-Technik für ressourcenschonendes Fahren; überwiesen am 26/04/2001

Mit der Motorfahrzeugsteuerrechnung 2002 wurde, wie vom Vorstoss gewünscht, ein Prospekt über Eco Drive verschickt. Der Kanton Basel-Stadt hat dies ebenfalls gemacht. Der Bund plant im Zusammenhang mit einer Revision des SVG, die den Themenbereich "Führerausweis auf Probe" beinhaltet, auch Regelungen betr. umweltschonendes Fahren einzuführen. Nach neuesten Informationen soll das entsprechende Vernehmlassungsverfahren im Herbst 2003 beginnen und zwei Monate dauern. Der Regierungsrat wird sich dabei für das Anliegen der Postulantin einsetzen. Landrätin Rita Kohlermann wurde über diese Fakten informiert und ist bereit, ihr Postulat abschreiben zu lassen.

Antrag: Das Postulat sei abzuschreiben.

2.4.1.2 2001/162; Postulat von Christoph Rudin vom 7. Juni 2001: Publikation der kantonalen Verwaltungs- und Gerichtsentscheide; überwiesen am 29/11/2001

Der Regierungsrat hat den Vorstoss, dessen Anliegen wünschenswert wäre, geprüft. Das Anliegen würde erfordern, dass zuerst alle Entscheide durch eine zentrale Stelle gesammelt werden müssten. In einem zweiten Schritt müsste beurteilt werden, ob sie als wegleitende Entscheide im Sinne des Postulats zu qualifizieren sind. Drittens müsste entschieden werden, ob die Entscheide in voller Länge oder nur ausschnittsweise veröffentlicht werden. Und schliesslich müssten die zu publizierenden Entscheide allenfalls kommentiert und für die Publikation aufbereitet werden, wozu auch die ganze Administration gehört. Der Regierungsrat muss feststellen, dass die personellen Ressourcen in den Rechtsdiensten, Generalsekretariaten und Gerichten nicht verfügbar sind, um zusätzliche Aufgaben zu übernehmen, die nicht zu deren Kernaufgaben gehören. Die in den Leistungsaufträgen gesetzten Vorgaben inhaltlicher und quantitativer Art sind ehrgeizig und kundenorientiert. Die gesetzten Leistungsziele können aber mit dem bestehenden Fachpersonal nur knapp erreicht werden. Insbesondere das kantonale WoV-Projekt verursacht zusätzlichen Personalaufwand, der weitestgehend aus den bestehenden Ressourcen gedeckt werden muss. Angesichts der angespannten Kantonsfinanzen muss zwischen Notwendigem und Wünschenswertem konsequent unterschieden werden. Bis auf weiteres wird sich daran nichts ändern.

Antrag: Das Postulat sei abzuschreiben.

2.4.1.3 2001/289; Postulat von Willi Grollmund vom 29. November 2001: Mehr Sicherheit im Belchentunnel; überwiesen am 29/11/2001

Landrat Willi Grollmund nahm ein Gesprächsangebot mit den zuständigen Personen der JPMD an und liess sich das technisch und gesetzlich Machbare erläutern. Er war mit den Aussagen zufrieden und erklärte sich bereit, den Vorstoss abschreiben zu lassen.

Antrag: Das Postulat sei abzuschreiben.

2.4.2 Motionen

Keine.

2.5 Erziehungs- und Kulturdirektion

2.5.1 Postulate

2.5.1.1 1996/218; Postulat von Claudia Roche vom 17. Oktober 1996: Berufsmaturität für Berufe im Gesundheitswesen; überwiesen am 20/03/1997

Das Schweizerische Rote Kreuz und die Sanitätsdirektorenkonferenz (SDK) haben durch eine Task-Force-Gruppe eine neue Bildungssystematik für Gesundheitsberufe ausarbeiten lassen. Diese neue Systematik beinhaltet die Berufsmaturität im Rahmen einer berufsbegleitenden Variante und als Block nach oder zwischen einzelnen Ausbildungsmodulen. Im Mai 1999 wurden die entsprechenden Entscheide durch die SDK gefällt. Im Juni 2002 wurden die entsprechenden Ausbildungsverordnungen verabschiedet. Mit dem Regierungsentscheid der beiden Basel vom November 2002 auf der Basis des Planungsberichtes von H. Mohler, Rektor der Berufsschule für Pflege, wurde festgelegt, ab 2005 eine Berufsmatur in die Grundausbildung zu integrieren und später als Vollzeitangebot zu planen. Das entsprechende Projekt ist ab 1.1.2003 in Bearbeitung und wird federführend vom Kanton Basel-Landschaft bearbeitet.

Antrag: Das Postulat sei als erfüllt abzuschreiben.

2.5.1.2 2000/082; Postulat von Eric Nussbaumer vom 6. April 2000: Berufe im Gesundheitswesen; überwiesen am 19/10/2000

Die Regierungen BS und BL haben die strategischen Grundsatzentscheide für eine regionale Schulplanung im Gesundheitswesen gefällt. Festgehalten wurde, dass der Kanton Basel-Landschaft die Verantwortung für die Sekundarstufe II der Berufe im Gesundheitswesen übernimmt. Damit wird die neue Ausbildung zu Fachangestellten Gesundheit auf der Basis des Planungsberichtes von H. Mohler, Rektor der Berufs-

schule für Pflege, aufgebaut. Der Bericht sieht vor, diese Ausbildung nach dem Lehrortsprinzip zu gestalten. Dabei übernehmen die Berufsbildungsämter Basel-Stadt und Basel-Landschaft für die im jeweiligen Kanton ansässigen Institutionen die Lehraufsicht. Die schulische Ausbildung wird an der Berufsschule für Gesundheit BL (heutige Berufsschule für Pflege) für beide Kantone angeboten. Die beiden ersten Pilotkurse werden 2004 angeboten.

Für die Ausbildungen auf Tertiärstufe wird Basel die Federführung für ein Projekt übernehmen, das zum Ziel hat, eine gemeinsame Trägerschaft zu definieren, um anschliessend eine Höhere Fachschule Gesundheit für Diplomberufe zu schaffen. Mit diesem Entscheid wurde auch die Überführung der Berufsschule für Pflege von der VSD in die EKD per RRB vom Dezember 2002 auf den 1.1.2003 beschlossen. Die Detailfragen der Transformation werden im ersten Halbjahr 2003 abgeschlossen sein.

Antrag: Das Postulat sei als erfüllt abzuschreiben.

2.5.2 Motionen

Keine.

2.6 Landeskantlei

2.6.1 Postulate

Keine.

2.6.2 Motionen

Keine.

3 Aufträge, die weiterhin bearbeitet werden

3.1 Finanz- und Kirchendirektion

3.1.1 Postulate

3.1.1.1 1994/226; Postulat der SP-Fraktion vom 31. Oktober 1994: Anerkennung der Kinderbetreuungskosten als Gewinnungskosten im Steuerrecht; überwiesen am 16/02/1995

Erledigung wird erst möglich nach Erlass von verbindlichen Vorgaben durch den Bund anlässlich der gesamtschweizerischen Reform der Familienbesteuerung.

3.1.1.2 1994/242; Postulat von Danilo Assolari vom 10. November 1994: Milderung der unsozialen Auswirkungen der Gebührenerhebung nach dem Verursacherprinzip; überwiesen am 16/02/1995

Erledigung wird erst möglich nach Erlass von verbindlichen Vorgaben durch den Bund anlässlich der gesamtschweizerischen Reform der Familienbesteuerung.

3.1.1.3 1995/066; Postulat von Peter Brunner vom 22. März 1995: Überprüfung der staatlichen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmen und Dienstleistungen des Kantons (Standortbestimmung, Kantonsbeteiligung, Ziele, Führungsverantwortung usw.); überwiesen am 29/05/1995

Das Thema wird im Rahmen des WoV-Projektes bearbeitet (Agenturproblem). Bericht liegt vor bis Ende 2003.

3.1.1.4 1995/172; Postulat von Max Ribi vom 21. September 1995: Für verständliche Steuerabrechnungen; überwiesen am 15/01/1996

Die konkrete Umsetzung dieses Anliegens kann mit der Einführung von NEST (neue Steuerlösung) per 2005 realisiert werden. In der Zwischenzeit wird versucht, mit überarbeiteten Formularen und Steuerabrechnungen die Verständlichkeit ständig zu verbessern.

3.1.1.5 1996/239; Postulat von Karl Rudin vom 31. Oktober 1996: Nicht mehr zeitgemässe Leumundszeugnisse; überwiesen am 06/02/1997

Das Postulat wird mit der Revision des Gemeindegesetzes beantwortet, welche dem Landrat im ersten Quartal 2003 vorgelegt wird.

3.1.1.6 1999/256; Postulat von Peter Tobler vom 25. November 1999: Richtige "Make or buy" -Analysen für kantonale Vorhaben; überwiesen am 24/02/2000

Das Postulat wird Anfang Jahr separat beantwortet und zur Abschreibung beantragt. [LRV 2003/015]

3.1.1.7 1997/104; Postulat der SP-Fraktion vom 29. Mai 1997: Verzicht auf die Erhebung der Handänderungssteuer bei Unternehmensumstrukturierungen (§ 84/3 Steuer- und Finanzgesetz); überwiesen am 19/03/1998

Die Beantwortung wird im Zusammenhang mit der Unternehmenssteuerreform II des Bundes erledigt. (vgl. auch 2000/113).

3.1.1.8 1998/036; Postulat der FDP-Fraktion vom 19. Februar 1998: Ausweisung finanzielle Folgen für Bürgerinnen und Bürger bei Gesetzes- und Dekretsvorlagen; überwiesen am 14/05/1998

Dieses Postulat wird im Rahmen der vorgesehenen Landratsvorlage „Schuldenbremse“ behandelt (Erhöhung der Kostentransparenz).

3.1.1.9 1998/041; Postulat von Uwe Klein vom 19. Februar 1998: Vereinfachung des Gemeindesteuer-Einzuges bei juristischen Personen; überwiesen am 14/05/1998

Die konkrete Umsetzung dieses Anliegens kann mit der Einführung von NEST (neue Steuerlösung) per 2005 realisiert werden. In der Zwischenzeit wird versucht, mit überarbeiteten Formularen und Steuerabrechnungen die Verständlichkeit ständig zu verbessern.

3.1.1.10 1998/153; Postulat der CVP-Fraktion vom 3. September 1998: Steuererleichterung für Familien; überwiesen am 17/12/1998

Erledigung wird erst möglich nach Erlass von Vorgaben durch den Bund anlässlich der gesamtschweizerischen Reform der Familienbesteuerung. Voraussichtlich wird die Reform auf Bundesebene im laufenden Jahr beschlossen, sodass die Umsetzung in den Kantonen im 2004 vollzogen werden kann.

3.1.1.11 1999/187; Postulat von Esther Maag vom 16. September 1999: Mehr Gemeindeautonomie bei Initiative und Referendum; überwiesen am 13/01/2000

Das Postulat wird mit der Revision des Gemeindegesetzes beantwortet, welche dem Landrat im ersten Quartal vorgelegt wird.

3.1.1.12 2000/036; Postulat von Roland Plattner vom 10. Februar 2000: WoV und Ethik - ein Personalleitbild für die kantonale Verwaltung; überwiesen am 13/04/2000

Bis zum vor kurzem erfolgten Relaunch des Projekts WoV sind die Arbeiten am Personalleitbild sistiert worden. Die Ausarbeitung eines Leitbildentwurfs kann nun angegangen werden.

3.1.1.13 1999/232; Postulat von Eva Chappuis vom 11. November 1999: Ruhegehalt der Mitglieder des Regierungsrates; überwiesen am 04/05/2000

Das Postulat wird zusammen mit der Statutenrevision beantwortet, welche dem Landrat in der zweiten Jahreshälfte vorgelegt wird.

3.1.1.14 2000/135; Postulat von Peter Holinger vom 8. Juni 2000: Konkurrenz der Privatwirtschaft durch öffentliche Betriebe; überwiesen am 16/11/2000

Die Beantwortung des Vorstosses wird dem Landrat Mitte Januar 2003 überwiesen.

3.1.1.15 2000/198; Postulat der FDP-Fraktion vom 19. Oktober 2000: Betriebswirtschaftliche Grundlagen für partnerschaftliche Geschäfte; überwiesen am 11/01/2001

Das Thema wird im Rahmen des Partnerschaftsberichts BS-BL zu Händen des Landrates bearbeitet.

3.1.1.16 2000/214; Postulat der Petitionskommission vom 2. November 2000: Kantonale Mutterschafts- und Vaterschaftsbeihilfen; überwiesen am 13/12/2000

In dieser Sache ist auf Bundesebene weiterhin eine parlamentarische Initiative hängig. Da ein kantonaler Alleingang bei dieser Ausgangslage wenig Sinn macht, sind die Entscheide des Bundes abzuwarten.

3.1.1.17 2000/223; Postulat einer Überparteilichen Petition für kantonale Mutterschafts-/Vaterschaftsbeihilfen "Mutterschaftsbeiträge endlich auch im Baselbiet" vom 6. Januar 2000; überwiesen am 13/12/2000

In dieser Sache ist auf Bundesebene weiterhin eine parlamentarische Initiative hängig. Da ein kantonaler Alleingang bei dieser Ausgangslage wenig Sinn macht, sind die Entscheide des Bundes abzuwarten.

3.1.1.18 2001/005; Postulat der FDP-Fraktion vom 11. Januar 2001: Partnerschaft 2010+; ein Planungsinstrument für langfristige Strategien in der Partnerschaft; überwiesen am 05/04/2001

Das Thema wird im Rahmen des Partnerschaftsberichts BS-BL zu Händen des Landrates bearbeitet.

3.1.1.19 2001/134; Postulat von Theo Weller vom 10. Mai 2001: Der Staat als Auftragnehmer in Konkurrenz zur Privatwirtschaft; überwiesen am 13/12/2001

Die Beantwortung des Vorstosses wird dem Landrat Mitte Januar 2003 überwiesen.

3.1.1.20 2001/094; Postulat von Thomas Haegler vom 5. April 2001: Studie über die Fiskalbelastungen, Sozialleistungen usw. von Mietern und Wohneigentümern im Baselbiet; überwiesen am 13/12/2001

Wird im Zusammenhang mit der Revision der Eigentumsbesteuerung, der Familienbesteuerung sowie der Rentnerinnen/Rentnerbesteuerung im laufenden Jahr angegangen.

3.1.2 Motionen

3.1.2.1 1988/005; Motion von Ruth Heeb vom 11. Januar 1988: Einführung eines Taggeldes für einkommensschwache erwerbstätige und nicht erwerbstätige Mütter; überwiesen am 13/11/1989

In dieser Sache ist auf Bundesebene weiterhin eine parlamentarische Initiative hängig. Da ein kantonaler Alleingang bei dieser Ausgangslage wenig Sinn macht, sind die Entscheide des Bundes abzuwarten.

3.1.2.2 1988/006; Motion von Susanne Leutenegger Oberholzer vom 11. Januar 1988: Ausrichtung von Beiträgen an kleinkinderbetreuende Mütter oder Väter (sog. Mutterschaftsbeiträge); überwiesen am 13/11/1989

In dieser Sache ist auf Bundesebene weiterhin eine parlamentarische Initiative hängig. Da ein kantonaler Alleingang bei dieser Ausgangslage wenig Sinn macht, sind die Entscheide des Bundes abzuwarten.

3.1.2.3 1992/025; Motion von Max Ribi vom 23. Januar 1992: Vereinfachung der Steuererhebung und Verminderung der Verärgerung des Steuerzahlers; überwiesen am 18/02/1993

Die konkrete Umsetzung dieses Anliegens kann mit der Einführung von NEST (neue Steuerlösung) per 2005 realisiert werden. In der Zwischenzeit wird versucht, mit überarbeiteten Formularen und Steuerabrechnungen die Verständlichkeit ständig zu verbessern.

3.1.2.4 1995/184; Motion von Dieter Völlmin vom 19. Oktober 1995: Einführung einer sachgerechten, klaren und zeitgemässen Regelung der Aufsichts- und Kontrollfunktionen bei der Basellandschaftlichen Kantonalbank (Änderung des Kantonalbankgesetz vom 17. Juni 1957); überwiesen am 15/01/1996

Dem Landrat wird im laufenden Jahr eine Revision des Kantonalbankgesetzes vorgelegt. In diesem Rahmen werden die Forderungen der Motion behandelt.

3.1.2.5 1997/031; Motion von Karl Rudin vom 6. März 1997: Baseland wird bis zum Jahr 2000 zum familienfreundlichen Kanton; überwiesen am 12/06/1997

Die Beantwortung des Vorstosses wird dem Landrat Mitte Januar 2003 überwiesen.

3.1.2.6 1999/074; Motion von Eric Nussbaumer vom 15. April 1999: Kantonales Konzept für die familienergänzende Kinderbetreuung II; überwiesen am 02/09/1999

Der Regierungsrat hat die Bearbeitung der neu geschaffenen Fachstelle für Familienfragen zugewiesen, weil deren Aufgabengebiet mit den Forderungen der Motion übereinstimmt. Die Fachstelle wird ihre Tätigkeit zu Beginn des Jahres aufnehmen.

3.1.2.7 1999/198; Motion der SP-Fraktion vom 14. Oktober 1999: Ausarbeitung eines Berichts über die Staatsverschuldung und den allfälligen Abbau der Staatsschulden; überwiesen am 13/01/2000

Die Motion wird mit der vorgesehenen Landratsvorlage «Schuldenbremse» beantwortet.

3.1.2.8 2000/023; Motion von Peter Tobler vom 27. Januar 2000: Das Baselbiet braucht ein modernes Haftpflichtrecht; überwiesen am 04/05/2000

Auf der Basis der getätigten Vorabklärungen wird die Erarbeitung eines Gesetzesentwurfs zu diesem komplexen Themenkreis in Zusammenarbeit mit den zuständigen Verwaltungsstellen weitergeführt.

3.1.2.9 2000/113; Motion von Dieter Völlmin vom 18. Mai 2000: Einführung einer proportionalen Ertragssteuer für juristische Personen; überwiesen am 02/11/2000

Die Forderung der Motion ist als Priorität bei den Steuergesetzrevisionen vorgesehen und wird im Zusammenhang mit der Unternehmenssteuerreform II des Bundes erledigt (vgl. auch LRV 1997/104).

3.2 Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion

3.2.1 Postulate

3.2.1.1 1997/129; Postulat von Rudolf Keller vom 19. Juni 1997: Anpassung der ins Ausland bezahlten Kinderzulagen an die Kaufkraft in den Empfängerländern; überwiesen am 18/09/1997

Der Regierungsrat hat mit Beschluss vom 4. Dezember 2001 entschieden, eine umfassende Revision des Kinderzulagengesetzes in Angriff zu nehmen, welche die derzeit erkannten Mängel des bestehenden Gesetzes eliminieren, die zweite Forderung des Postulates 2000/240 von Eva Chappuis nach Realisierung des Grundsatzes "ein Kind = eine Zulage" abhandeln sowie mit dem kommenden Bundesgesetz über Familienzulagen koordinieren soll. Die Anliegen des Postulates 1997/129 von Rudolf Keller sollen ebenfalls im Rahmen dieser Revision geprüft werden. Die Arbeiten zu dieser Revision sind von der beauftragten Aufsichtskommission über Kinderzulagen (ZAK) im Jahr 2002 in Angriff genommen worden, werden aber voraussichtlich noch einige Schwierigkeiten zu meistern haben. Dazu gehört insbesondere auch die nach wie vor bestehende Unklarheit über die Entwicklung beim Bundesgesetz. Der Regierungsrat beantragt deshalb Fristerstreckung um ein weiteres Jahr.

3.2.1.2 1997/132; Postulat der SP-Fraktion vom 19. Juni 1997: Schaffung einer einzigen überkantonalen Rheinhafenverwaltung; überwiesen am 04/12/1997

Die Regierungen BL und BS haben die Zusammenlegung grundsätzlich beschlossen. Als Konsequenz wird im Jahr 2003 eine entsprechende Landratsvorlage über ein neues gemeinsames Rheinhafengesetz und über den dazu notwendigen Staatsvertrag unterbreitet werden.

3.2.1.3 1997/191; Postulat von Peter Brunner vom 25. September 1997: Grundsätzliches Wahlrecht des Patienten beim Medikamentenbezug und Einführung einer margenunabhängigen Medikamentenverrechnung bei ärztlicher Selbstdispensation; überwiesen am 05/02/1998

Das Postulat wird im Rahmen der anstehenden Revision des Gesundheitsgesetzes bearbeitet werden, wobei sich diese Revision wegen der zögerlichen Gesetzgebung im Bereich der Heilmittel etwas verschiebt.

3.2.1.4 1999/215; Postulat der FDP-Fraktion vom 28. Oktober 1999: Alters- und Pflegeheimdekret - § 12 Finanzielle Leistungskraft, (Änderung der bisherigen Regelung bei der Berechnung der finanziellen Leistungskraft); überwiesen am 16/12/1999

Das Postulat wird im Rahmen der Gesetzesvorlage über die Pflege und Betreuung im Alter bearbeitet. Die Vorlage befindet sich zur Zeit in der Vernehmlassung.

3.2.1.5 1999/202; Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 14. Oktober 1999: Überprüfung des Leistungsauftrages und der Struktur des Kantonalen Laboratoriums in Liestal; überwiesen am 10/02/2000

Das Postulat wurde im Zusammenhang mit der Vorlage 1998/239 betreffend Bericht des Regierungsrates vom 17.11.1998 und der Bau- und Planungskommission vom 1.9.1999 (Kantonales Laboratorium in Liestal; Kredit und Erwerb sowie Projektierungskredit für die Sanierung der Liegenschaft) eingereicht. In der Zwischenzeit sind vertiefte Überlegungen zur Nutzung dieser Liegenschaft gemacht worden. Die Bau- und Umweltschutzdirektion wird dem Landrat mittels einer separaten Vorlage berichten. Es ist vorgesehen, im Zusammenhang mit dieser Vorlage auch auf das hängige Postulat einzugehen.

3.2.1.6 1999/169; Postulat der FDP-Fraktion vom 2. September 1999: Optimierung der Transportinfrastruktur am Oberrhein und Hochrhein; überwiesen am 23/03/2000

Das Postulat wurde mit LRV 2002/025 zur Abschreibung beantragt. Mit LRB 1714 vom 17.10.2002 folgte der Landrat dem anderslautenden Antrag der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission und

beschloss, das Postulat stehenzulassen (neuer Fristenlauf).

3.2.1.7 2000/246; Postulat von Esther Maag vom 30. November 2000: Kinderbetreuung beim Kanton; überwiesen am 11/01/2001

Nachdem mit dem Impulsprogramm "Familie und Beruf" erste Erfahrungen gemacht sind, wird derzeit eine Landratsvorlage ausgearbeitet.

3.2.1.8 2000/240; Postulat von Eva Chappuis vom 30. November 2000: Kinder- und Ausbildungszulagen; überwiesen am 25/01/2001

Das Postulat fordert zweierlei: a) eine Erhöhung der Kinderzulagen und b) die Realisierung des Grundsatzes "ein Kind = eine Zulage".

Zu a): Diese Forderung wurde von Anfang an als mit BS zu koordinierendes Geschäft gehandhabt; eine Landratsvorlage zur Erhöhung der Kinderzulagen als partnerschaftliches Geschäft konnte demzufolge am 10. September 2002 vorgelegt werden (2002/213). Die Vorlage wurde der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission zur Beratung und Berichterstattung zugewiesen; letztere ist mit Datum vom 20. Dezember 2002 erfolgt. Die Behandlung im Landrat ist somit unmittelbar anstehend.

Zu b): Siehe die Ausführungen unter Postulat 1997/129.

3.2.1.9 2001/007; Postulat von Eugen Tanner vom 11. Januar 2001: Ablösung/Vereinfachung des Kinder- und Jugendzahnpflegegesetzes; überwiesen am 22/02/2001

Die finanzielle Situation erlaubt keine Übernahme der Beiträge an die Zahnpflegekosten durch den Kanton. In Betracht gezogen werden kann eine Übernahme der Administration der Beiträge im Auftrag und zu Lasten der Gemeinden. Im Laufe des Jahres 2003 soll dazu mit den Gemeinden das Gespräch aufgenommen werden.

3.2.1.10 2001/036; Postulat von Roland Bächtold vom 8. Februar 2001: Schaffung eines Verbandsklagerechts für Tierschutzorganisationen; überwiesen am 26/04/2001

Bevor in diesem Bereich kantonale Aktivitäten entfaltet werden, möchte der Regierungsrat das neue Tierschutzgesetz auf eidgenössischer Ebene abwarten.

3.2.1.11 2001/115; Postulat der SP-Fraktion vom 26. April 2001: Marktbeobachtung und Publikation der verfügbaren Industrie- und Gewerbe-areale; überwiesen am 31/05/2001

Seitens des Kantons sind umfangreiche Flächeninformationen vorhanden (GIS). Die Wirtschaftsförderung Basel-Stadt und Basel-Landschaft (WIBB) verfügt über einen Kataster der Gewerbeflächen und Gewerberäume. Die Idee, eine "moderne Ansiedlungspolitik" zu betreiben, die es Ansiedlungswilligen

gestattet, Standortsuche per Internet zu betreiben, muss differenziert angegangen werden. Ein Standortentscheid basiert auf sachlicher und gefühlsmässiger Ebene. Die Rahmenbedingungen der verschiedenen Standorte national und international ähneln sich immer mehr. Entsprechend wichtig ist der persönliche Kontakt zu Ansiedlungswilligen. Die vom Regierungsrat eingesetzte Arbeitsgruppe "Raum + Wirtschaft" befasst sich mit dem Thema.

3.2.1.12 2001/064; Postulat der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Bildung eines Biotech-Task-Force zwecks Koordination und Umsetzung einer Förderstrategie; überwiesen am 31/05/2001

Der Entwicklung eines "Bio Valley" in der Region nehmen sich eine Vielzahl von Organisationen an. Am 16. November 2001 wurde ein vom Wirtschafts- und Sozialdepartement Basel-Stadt und der Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion Basel-Landschaft gemeinsam getragenes Hearing zu "Life Sciences in der Region Basel" durchgeführt. Die Auswertung des Hearings ergab, dass die öffentliche Hand nach Möglichkeit günstige Rahmenbedingungen schaffen soll, damit sich die Unternehmen des Sektors entfalten können. Es wurde aber auch deutlich, dass eine Zusammenfassung der Organisationen und Personen, die an der weiteren Entwicklung der Biotechnologien in der Region interessiert und beteiligt sind, noch fehlt. Der Regierungsrat wird sich dafür einsetzen, dass eine Kräftekonzentration herbeigeführt wird in dem Sinne, dass ein tragfähiges Netzwerk entsteht, das als Gefäss für die Diskussion der Anliegen des Sektors dienen kann. Die entsprechenden Arbeiten sind im Gange (vgl. dazu auch die Antwort des Regierungsrates auf die Interpellation der FDP-Fraktion vom 23. Mai 2002 "The Novartis Warning"; LR-Vorlage 2002/132 vom 5. November 2002 sowie die ergänzenden mündlichen Ausführungen von Regierungsrat Erich Straumann anlässlich der Sitzung des Landrates vom 14. November 2002 und die weiterführenden Überlegungen und Informationen zum Thema im Wirtschaftsbericht 2002 des Regierungsrates, LR-Vorlage 2002/296).

3.2.1.13 2001/070; Postulat der FDP-Fraktion vom 22. März 2001: Wirkungskontrolle bei der Standortpolitik und den dafür wichtigen Gesetzen; überwiesen am 31/05/2001

Der Bearbeitungsstand dieses Postulates war Gegenstand einer Interpellation von Rita Kohlermann vom 23. Mai 2002. Der Regierungsrat gestattet sich, auf seine schriftliche Antwort vom 5. November 2002, LR-Vorlage 2002/133, zu verweisen.

3.2.1.14 2001/213; Postulat von Peter Brunner vom 6. September 2001: Von der wirtschaftlichen Rand- zur Baselbieter Modellregion; überwiesen am 13/12/2001

Das Postulat zielt in eine ähnliche Richtung wie der

Vorstoss 2002/099 (bzw. umgekehrt). Es geht um die Förderung von "Start-Up-Zentren" bzw. Gründerzentren. In der Landratssitzung vom 14. November 2002 wurde die Motion 2002/099 als Postulat überwiesen. Der Regierungsrat hatte demgegenüber dem Landrat beantragt, die Motion als Postulat zu überweisen und gleichzeitig als erfüllt abzuschreiben. Wie im Wirtschaftsbericht 2002 des Regierungsrates vom 26. November 2002 (LR-Vorlage 2002/296) dargelegt, unterstützt der Regierungsrat im Rahmen der Vergabepolitik des Wirtschaftsförderungsfonds selektiv Vorhaben, welche die Einrichtung und den Betrieb von sogenannten Gründerzentren oder Business Parks zum Gegenstand haben. Im Jahresprogramm 2003 des Regierungsrates ist die Überprüfung des Wirtschaftsförderungsgesetzes vorgesehen. Die Fragestellung betreffend aktiver Förderung von Gründerzentren wird entsprechend dem Willen des Landrates im Rahmen dieser Arbeiten nochmals vertieft angegangen werden.

3.2.2 Motionen

3.2.2.1 1999/217; Motion von Rita Kohlermann vom 28. Oktober 1999: Erarbeitung einer Wertschöpfungsstudie als Grundlage für die Optimierung der touristischen Entwicklung des Kantons Basel-Landschaft; überwiesen am 23/03/2000

Die Wertschöpfungsstudie wurde im Jahre 2002 erstellt. Sie wird dem Landrat zusammen mit einer Vorlage betreffend Gesetz über die Förderung des Tourismus (Tourismusvorlage) im 1. Semester 2003 zur Kenntnis gebracht. Die Motion ist erfüllt und wird dem Landrat im Rahmen der Tourismusvorlage zur Abschreibung beantragt werden.

3.2.2.2 1999/216; Motion von Rita Kohlermann vom 28. Oktober 1999: Schaffung von Strukturen für die Koordination nach innen und den gemeinsamen Auftritt nach aussen, die dem Kanton Basel-Landschaft eine optimale touristische Weiterentwicklung ermöglichen; überwiesen am 23/03/2000

Das Anliegen der Motion ist erfüllt. Die Berichterstattung und die Antragstellung betreffend Abschreibung erfolgt im Rahmen der Tourismusvorlage im 1. Semester 2003.

3.2.2.3 2000/034; Motion der FDP-Fraktion vom 10. Februar 2000: Überprüfung der heute noch bestehenden Konkordatsverträge und Erarbeitung allfälliger Aenderungsvorschläge; überwiesen am 06/04/2000

Die Untersuchungen in den fünf Direktionen wurden per Ende 2002 abgeschlossen. Die Vorlage an den Landrat erfolgt im ersten Quartal 2003.

3.3 Bau- und Umweltschutzdirektion

3.3.1 Postulate

3.3.1.1 1983/229; Postulat der CVP-Fraktion vom 5. Dezember 1983: Weiterführung der BLT-Linie 70 Reigoldswil - Basel (Aeschenplatz) zum Bahnhof SBB Basel; überwiesen am 02/02/1987

Eine Vorlage des Basler Regierungsrates an den Grossen Rat Basel-Stadt, welche unter anderem die nötigen Investitionen zur Teilrealisierung des Vorhabens vorsah, wurde an den Regierungsrat zurückgewiesen. Es wird auf interdepartementaler Ebene BS/BL eine kostengünstige Lösung angestrebt (vgl. Postulat 2000/274).

3.3.1.2 1990/136; Postulat von Ursula Bischof vom 28. Mai 1990: Sanierung der Vorderen Frenke zwischen Bubendorf (Talhaus) und Hölstein; überwiesen am 13/05/1991

Die im Jahre 2001 durchgeführte hydrologische Untersuchung hat keine eindeutigen Resultate bezüglich der Machbarkeit einer Revitalisierung ergeben. Definitive Schlüsse müssen mit Feldversuchen ermittelt werden.

3.3.1.3 1989/318; Postulat der FDP-Fraktion vom 14. Dezember 1989: Rasche etappenweise Realisierung der Regio-S-Bahn; überwiesen am 20/11/1991

Vertragliche Vorarbeiten über das neu benötigte Rollmaterial und die darauf angepassten Bahnhofinfrastrukturen zwischen den SBB und den Nordwestschweizer Kantonen stehen vor dem Abschluss. Dem Landrat wird 2003 eine Regio-S-Bahn-Vorlage unterbreitet.

3.3.1.4 1988/278; Postulat von Peter Brunner vom 31. Oktober 1988: Umweltfreundliches kantonales Wasserbaukonzept; überwiesen am 02/12/1991

Der Entwurf eines neuen Wasserbaugesetzes durchlief im 2002 die öffentliche Vernehmlassung. Er enthält auch eine Pflicht zur Erstellung einer Massnahmenplanung für Revitalisierungen, Hochwasserschutz und Korrekturen. Diese Massnahmenplanung entspricht den Zielen des Postulates, welches in Verbindung mit der Gesetzesvorlage zur Abschreibung beantragt werden wird.

3.3.1.5 1991/092; Postulat der SP-Fraktion vom 22. April 1991: Naturgerechtes kantonales Wasserbaukonzept; überwiesen am 02/12/1991

Der Entwurf eines neuen Wasserbaugesetzes durchlief im 2002 die öffentliche Vernehmlassung. Er enthält auch eine Pflicht zur Erstellung einer Massnahmenplanung für Revitalisierungen, Hochwasserschutz

und Korrekturen. Diese Massnahmenplanung entspricht den Zielen des Postulates, welches in Verbindung mit der Gesetzesvorlage zur Abschreibung beantragt werden wird.

3.3.1.6 1991/279; Postulat von Annemarie Spinner vom 11. Dezember 1991: Ausarbeitung einer Strassenrechnung von Kanton und Gemeinden; überwiesen am 01/06/1992

Die Auswertung der Betriebsbuchhaltung, welche seit Juli 2001 geführt wird, hat sich verzögert. Daraus nehmen wir wesentliche Daten zu Erstellung der Strassenrechnung. Wir rechnen gegen Ende erstes Quartal 2003 mit dem BeBu-Abschluss und somit im ersten Semester 2003 mit der Erstellung der Landratsvorlage.

3.3.1.7 1991/195; Postulat der Geschäftsprüfungskommission vom 9. September 1991: Neubau der Schule für Spitalberufe; überwiesen am 01/02/1993

Die neue Bundesverfassung gibt vor, dass der Bund mit dem neuen Berufsbildungsgesetz auch die Berufe im Gesundheitswesen regeln muss. Die Berufsschule für Pflege wird zur neuen Berufsfachschule Gesundheit transformiert. Der entsprechende Prozess startet ab 2004 und soll bis 2008 beendet sein. Der damit verbundene Direktionswechsel von der Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion zur Erziehungs- und Kulturdirektion wurde auf den 1. Januar 2003 vollzogen. Während für die Höhere Fachschule Gesundheit die neu zu bildende Trägerschaft noch gesucht werden muss, übernimmt der Kanton Basel-Landschaft die Verantwortung und Trägerschaft für die Berufsfachschule.

Mit RRB Nr.1872 vom 19. November 2002 wird die BUD beauftragt, die erforderlichen Raumressourcen mittel- und langfristig zur Verfügung zu stellen und dafür besorgt zu sein, dass die im Investitionsprogramm definierte Terminplanung eingehalten werden kann. Das für einen ersten Schritt notwendige Raumprogramm wurde per Ende 2002 erstellt. Dabei soll kurzfristig die Miete von Räumlichkeiten (ab 2005) und langfristig der Bau einer Berufsfachschule Gesundheit in Angriff genommen werden. Im Investitionsprogramm sind dafür ab 2004 bis 2009 Mittel eingestellt.

3.3.1.8 1989/024; Postulat von Max Ribi vom 30. Januar 1989: Direkte Tramlinie von Allschwil zum Bahnhof Basel SBB; überwiesen am 03/05/1993

Die Phase 1 über die Optimierung der öV-Erschliessung im Raum Allschwil wurde abgeschlossen. Aufgrund der Ergebnisse der Vernehmlassung werden nun in der Phase 2 die vorgesehenen Massnahmen auf ihre Machbarkeit hin überprüft.

3.3.1.9 1994/010; Postulat der Petitionskommission vom 12. Januar 1994: Sicherung des Fussgängerübergangs Hauptstrasse Langenbruck durch eine Lichtsignalanlage; überwiesen am 31/01/1994

Das Postulat wird Anfang Jahr separat beantwortet und zur Abschreibung beantragt. [LRV 2003/001]

3.3.1.10 1994/016; Postulat von Peter Kuhn vom 20. Januar 1994: Rollstuhlgängige, behindertengerechte Trams und Busse auf den Linien der BLT für Rollstuhlfahrer/Innen, Gehbehinderte, betagte Leute, Frauen und Männer mit Kinderwagen, etc.; überwiesen am 10/02/1994

Gemeinsam mit Basel-Stadt wurde ein Konzept für einen behinderten- und betagtengerechten öffentlichen Verkehr ausgearbeitet. Die vorgesehene Revision des kantonalen öV-Gesetzes wird sich auf dieses Konzept sowie auf das im Dezember 2002 verabschiedete eidgenössische Behindertengleichstellungsgesetz (BehiG) abstützen.

3.3.1.11 1995/230; Postulat von Danilo Assolari vom 14. Dezember 1995: Überarbeitung der Projektierungsrichtlinien für die Gestaltung von Kantonsstrassen in Ortskernen; überwiesen am 05/02/1996

Die Überarbeitung der Gestaltungsrichtlinien für Kantonsstrassen in erhaltenen Ortskernen in Zusammenarbeit mit dem IVT der ETH-Zürich ist im Gang. Das Ziel ist, in einer Nachfolgeschrift Erfahrungen und Erkenntnisse darzulegen und allenfalls notwendige Anpassungen und Ergänzungen zu den damals aufgestellten Projektierungsgrundsätzen zu formulieren. Der Abschluss dieser Arbeiten wurde durch den krankheitsbedingten Ausfall des IVT-Mitarbeiters verzögert.

3.3.1.12 1996/035; Postulat der SP-Fraktion und der Fraktion der Grünen vom 15. Februar 1996: Inkraftsetzung des § 28 des Umweltschutzgesetzes (Zuweisung der Abfälle zu den Abfallanlagen); überwiesen am 18/04/1996

Die aktuellen Randbedingungen auf dem Sonderabfallmarkt (vom Bund sanktionierte "Billigentsorger") erlauben kaum Lenkungsgriffe auf kantonaler Ebene, ohne dass dadurch die Betriebe mit Standort BL ungebührlich benachteiligt würden. Es sind aber erneute Gespräche mit den Bundesbehörden angesetzt und die Auslastung der RSMVA mit geeigneten Abfällen konnte dank verbesserter Kundenorientierung und Akquisition schrittweise verbessert werden.

3.3.1.13 1997/189; Postulat von Max Ritter vom 25. September 1997: Bahn Sissach - Läuelfingen - Olten; überwiesen am 25/09/1997

Beide Postulatanliegen sind von der Mitwirkung des Kantons Solothurn und den SBB abhängig. Aus finanziellen Gründen haben sie beim Kanton Solothurn jedoch keine Dringlichkeit.

3.3.1.14 1998/079; Postulat von Hanspeter Frey vom 23. April 1998: Projektierung und Bau einer dritten Tunnelröhre am Belchentunnel; überwiesen am 28/05/1998

Das Generelle Projekt "Sanierungstunnel Belchen" liegt vor und ist zur Zeit beim zuständigen Bundesamt in Prüfung.

3.3.1.15 1998/093; Postulat von Peter Brunner vom 14. Mai 1998: Öffentlicher Verkehr und Behinderte gemeinsam; überwiesen am 26/11/1998

Gemeinsam mit Basel-Stadt wurde ein Konzept für einen behinderten- und betagtegerechten öffentlichen Verkehr ausgearbeitet. Die vorgesehene Revision des kantonalen öV-Gesetzes wird sich auf dieses Konzept sowie auf das im Dezember 2002 verabschiedete eidgenössische Behindertengleichstellungsgesetz (BehiG) abstützen.

3.3.1.16 1998/193; Postulat von Ruedi Moser vom 15. Oktober 1998: Vermeidung Mobilfunk-Antennenwald; überwiesen am 04/03/1999

Der Sachbereich Kommunikation wird im Rahmen des kantonalen Richtplanes bearbeitet. Das Anliegen wird in diesem Zusammenhang geprüft.

3.3.1.17 1998/250; Postulat von Daniel Wyss vom 26. November 1998: Massnahmen zur Vermeidung von Feinstaub; überwiesen am 15/04/1999

Beantwortung im Zusammenhang mit Veröffentlichung des Luftreinhalteplans. Im Februar 2003 wird für den Plan eine öffentliche Vernehmlassung durchgeführt.

3.3.1.18 1999/058; Postulat von Heidi Portmann vom 25. März 1999: Einspar- und Anlagen-Contracting - dem raffinierten Weg zum technischen Energiesparen, Produzieren, Geld sparen und Umwelt schützen; überwiesen am 11/11/1999

Die Vorlage zur Abschreibung des Postulats ist in Bearbeitung. Sie wird dem RR im Februar 2003 vorgelegt.

3.3.1.19 1999/130; Postulat der BPK vom 23. Juni 1999: Neue Gestaltungsideen in Dorfkerne; überwiesen am 11/11/1999

Dem Postulat wird mit der Überarbeitung der Gestaltungsrichtlinien gemäss Postulat 1995/230 von D. Assolari vom 14.12.95 Rechnung getragen.

3.3.1.20 1999/255; Postulat von Max Ribl vom 25. November 1999: Verlängerung der Tramlinie 14 von Pratteln nach Liestal; überwiesen am 24/02/2000

Eine Verlängerung der Tramlinie 14 von Pratteln nach Liestal muss im Zusammenhang mit der räumlichen Entwicklung des Gebietes Pratteln Nord gesehen werden; erste Abklärungsergebnisse für die Trassenführung im Raum Pratteln sowie eine Planstudie über den Standort einer neuen Tramhaltestelle bei der Ikea liegen vor. Die Verlängerung der Tramlinie von Pratteln nach Liestal knüpft an die weiter zu vertiefenden bisherigen Studien an.

3.3.1.21 1999/189; Postulat der FDP-Fraktion vom 16. September 1999: Zukunftsgerichteter, attraktiver und kostengünstiger öffentlicher Verkehr Nordwestschweiz; überwiesen am 24/02/2000

Die Kantone haben mit den SBB während der Erarbeitung des Planungsauftrages der NWCH an die SBB für die grenzüberschreitende Regio-S-Bahn Basel 2005 ein Ausschreibungsmoratorium vereinbart. Für die Kantone der NWCH und die SBB ist eine vertragliche Bindung bis mindestens 2009 vorteilhaft. Es besteht die Absicht, das Postulat mit der Vorlage über die Regio-S-Bahn (2003) als erfüllt zur Abschreibung zu beantragen.

3.3.1.22 1999/254; Postulat von Max Ribl vom 25. November 1999: Nutzungsaustausch oder Nutzungszusammenschluss von Gewerbe- und Industriegebiet unter den Gemeinden; überwiesen am 24/02/2000

Wird mit der Vorlage zum Kantonalen Richtplan im 2004 bearbeitet.

3.3.1.23 2000/037; Postulat von Hanspeter Frey vom 10. Februar 2000: Umfahrung Allschwil / Verkehrsentslastung Leimental; überwiesen am 06/04/2000

Auf Verwaltungsebene werden alle Aktivitäten wahrgenommen, die einer Lösung des Verkehrsproblems im Sinne des Postulats dienen. Eine Arbeitsgruppe mit Vertretern von BS, BL, Gemeinde Allschwil und Frankreich (District des Trois Frontières) ist in die anstehenden Planungen involviert. Zurzeit wird durch eine Ingenieurgemeinschaft die Planungsstudie "Südumfahrung Basel" ausgearbeitet. Der Schlussbericht wird im Jahre 2003 vorliegen. Die Verhandlungen mit dem Bund können erst aufgenommen werden, wenn die notwendigen Verhandlungsgrundlagen erstellt sind.

3.3.1.24 2000/134; Postulat von Max Ribi vom 8. Juni 2000: Erhaltung bedienter Bahnhöfe im Kanton Basel-Landschaft; überwiesen am 21/09/2000

Die SBB klären mit den Gemeinden die Besetzung der Bahnhöfe mit Personal ab. Der Kanton hat eine subsidiäre Rolle, die er im Zusammenhang mit dem Investitionsprogramm für die Regio-S-Bahn Basel 2005 mit den Gemeinden und den SBB und unter Berücksichtigung der Finanzierbarkeit politisch definieren wird.

3.3.1.25 2000/273; Postulat vom 29. Dezember 2000: 2 Petitionen zum Problem Tramlärm; überwiesen am 22/02/2001

Das Postulat betreffend die beiden Petitionen über den Tramlärm wird im Rahmen der Vorlage über die Erteilung eines Verpflichtungskredites für ein Gleiserneuerungsprogramm auf basellandschaftlichen Strecken der BVB-Tramlinien 14 und 3 Ende Januar 2003 geprüft.

3.3.1.26 2000/080; Postulat von Max Ritter vom 6. April 2000: Änderung des Gesetzes über den Denkmal- und Heimatschutz; überwiesen am 21/09/2000

Die Überprüfung der rechtlichen Grundlagen (Denkmal- und Heimatschutz, Natur- und Landschaftsschutz) und der Abläufe ist erfolgt. Die Beantwortung erfolgt im 1. Quartal 2003.

3.3.1.27 2000/269; Postulat von Esther Maag vom 14. Dezember 2000: Verkehrsführung Liestal; überwiesen am 08/02/2001

Zurzeit laufen die Planungsarbeiten für das Verkehrskonzept Liestal zur Lösung der Verkehrsprobleme auf dem übergeordneten und dem lokalen Strassennetz. Die ersten Resultate werden im zweiten Semester 2003 erwartet.

3.3.1.28 2000/274; Postulat vom 29. Dezember 2000: Petition zu Gunsten der Buslinie 70; überwiesen am 22/02/2001

Eine Vorlage des Basler Regierungsrates an den Grossen Rat Basel-Stadt, welche unter anderem die nötigen Investitionen zur Teilrealisierung des Vorhabens vorsah, wurde an den Regierungsrat zurückgewiesen. Es wird auf interdepartementaler Ebene BS/BL eine kostengünstige Lösung angestrebt (vgl. auch Postulat 1983/229).

3.3.1.29 2001/026; Postulat von Franz Ammann vom 25. Januar 2001: Schaffung klarer Berechnungsvorgaben für Sackgebühren; überwiesen am 05/04/2001

Das Neue Rechnungsmodell BL setzt schon heute einen guten Rahmen für die einheitliche Kostenzuordnung und Rechnungsführung. Sobald der Landrat über die Vorlage 2002/152 ("Grundgebühren") entschieden

hat, wird der Leistungskatalog für die kommunale Abfallrechnung bereinigt und die Information der Gemeinden an die Hand genommen. Wie weit dabei präzisierende Vorgaben erforderlich sind, wird noch geprüft.

3.3.1.30 2001/056; Postulat vom 16. März 2001: Verlängerung der Buslinie Hofstetten - Ettingen nach Aesch; überwiesen am 05/04/2001

Die Postauto Nordwestschweiz hat ein Grobkonzept erarbeitet und die Kosten geschätzt. Mit den Gemeinden Aesch und Ettingen wurden Verhandlungen aufgenommen. Falls die Gemeinden zustimmen und die Finanzierung gesichert werden kann, ist die Einführung der Linienverlängerung ab Fahrplanwechsel vom Dezember 2003 möglich.

3.3.1.31 2000/196; Postulat von Christine Mangold vom 19. Oktober 2000: Genereller Leistungsauftrag öffentlicher Verkehr - Kostenverteilung; überwiesen am 05/04/2001

Sämtliche Vorschläge zur Änderung der Gemeindebeiträge an den öffentlichen Verkehr sind geprüft. Ein im Spätherbst 2002 nachgemeldet Anliegen der Gemeinde Gelterkinden über die Nichtanrechnung von linienbedingten Parallelfahrten wird noch bearbeitet.

3.3.1.32 2000/197; Postulat von Peter Tobler vom 19. Oktober 2000: Neue Buslinie Aesch - Ettingen; überwiesen am 05/04/2001

Die Postauto Nordwestschweiz hat ein Grobkonzept erarbeitet und die Kosten geschätzt. Mit den Gemeinden Aesch und Ettingen wurden Verhandlungen aufgenommen. Falls die Gemeinden zustimmen und die Finanzierung gesichert werden kann, ist die Einführung der Linienverlängerung ab Fahrplanwechsel vom Dezember 2003 möglich.

3.3.1.33 2000/229; Postulat von Marc Joset vom 16. November 2000: Verlängerung der BLT-Buslinie 61 (bzw. 61A) nach Oberwil Dorf und Mühlematt Zentrum; überwiesen am 05/04/2001

Das Postulatanliegen ist abhängig von der künftigen Gestaltung der BLT-Buslinie 61 (bzw. 61A) und somit von den Lösungen im Raum Allschwil. Nach Vorliegen der Netzoptimierung der öV-Erschliessung in diesem Raum, kann die darauf abgestimmte Buslinienverlängerung nach Oberwil Dorf und ins Mühlematt Zentrum geplant werden.

3.3.1.34 2001/117; Postulat von Eric Nussbaumer vom 26. April 2001: Leistungsauftrag für Netzbetreiber gemäss Elektrizitätsmarktgesetz (EMG); überwiesen am 31/05/2001

Dieses Postulat ist gleich zu behandeln wie die Motion 2001/066 der FDP-Fraktion. Beide Vorstösse sind hinfällig, da sie im Hinblick auf das Elektrizitätsmarktgesetz (EMG), welches am 22.09.02 vom Volk

abgelehnt wurde, eingereicht worden sind.

3.3.1.35 2001/114; Postulat von Alfred Zimmermann vom 26. April 2001: Ausdehnung der Quartierplanpflicht auf publikumsintensive Dienstleistungsbetriebe; überwiesen am 31/05/2001

Die äusserst komplexe Materie erfordert umfassende Abklärungen. Inzwischen hat sich gezeigt, dass einzelne Aspekte innert nützlicher Frist nur im Rahmen eines externen Auftrages geklärt werden können. Eine entsprechende Auftragsvergabe ist Anfang 2003 vorgesehen.

3.3.1.36 2001/111; Postulat von Rita Bachmann vom 26. April 2001: Ausbau des Güterbahnhofs Muttenz zum "Euro-Hub"; überwiesen am 31/05/2001

Im Plangenehmigungsverfahren der SBB betreffend Lärmsanierung Gemeinde Muttenz vom 18. Dezember 2001 ist die Lärmsanierung der Rangieranlagen West und Ost des Güterbahnhofs Muttenz enthalten. Bei den Immissionsberechnungen ist die zusätzliche Gütermenge durch den Betrieb des "Euro-Hubs" berücksichtigt.

3.3.1.37 2001/129; Postulat der SP-Fraktion vom 10. Mai 2001: Einführung eines Öko-Effizienz-Profiles in der kantonalen Verwaltung; überwiesen am 29/11/2001

Wir beantragen Fristverlängerung. Die Arbeiten an der Umsetzung des Postulates sind noch nicht abgeschlossen. Sie sollen verknüpft werden mit der Einführung von systematischen Umweltmanagementelementen (vgl. Postulat 2002/101).

3.3.1.38 2001/161; Postulat von Heinz Aebi vom 7. Juni 2001: Ausbau der SBB-Linie Basel - Laufen-Delémont; überwiesen am 29/11/2001

Die Fahrplanflexibilität ist durch die knappe Streckenkapazität und geringe Anzahl Kreuzungsmöglichkeiten der Züge stark eingeschränkt. Für die Kantone BL, SO und JU steht deshalb der Bedarf für Doppelspurinseln an den erforderlichen Stellen im Laufental im Vordergrund. Gegenwärtig wird der Fahrplan 2005 festgelegt, welcher für die Juralinie diverse Änderungen mit sich bringen wird (u.a. Einführung ICN). Von den künftigen Fahrplänen wird die genaue Lage der zu erstellenden Doppelspurinseln abhängig sein. Die inzwischen fertiggestellte SBB-Fahrplanstudie wurde eingefordert. Entsprechende Entscheide werden sich daraus ableiten.

3.3.1.39 2001/164; Postulat von Helen Wegmüller vom 7. Juni 2001: Ausbau BLT-Linie 10 / Abschnitt Lehenrain bis Haltestelle BBC (Arlesheim); überwiesen am 29/11/2001

Die Projektierungsarbeiten sind weitgehend abgeschlossen. Das Plangenehmigungsverfahren wird 2003 eingeleitet.

3.3.1.40 2001/169; Postulat von Rita Bachmann vom 21. Juni 2001: Sicherheit im Kreisel für Zweiradfahrer und -fahrerinnen; überwiesen am 29/11/2001

Das Postulat wird im Januar separat beantwortet und zur Abschreibung beantragt. [LRV 2003/013]

3.3.1.41 2001/229; Postulat von Max Ribi vom 20. September 2001: "Fast food"-, "Fast drink" - Abgabe; überwiesen am 29/11/2001

Da die Einführung einer "Littering-Abgabe" auf kantonalen Ebene direkt in den Kompetenzbereich des Bundes eingreifen würde, haben die kantonalen Stellen den Bund schriftlich um eine Stellungnahme in dieser Angelegenheit gebeten. Parallel dazu laufen die Bemühungen zur Eindämmung des "Littering" auf verschiedenen Ebenen weiter.

3.3.2 Motionen

3.3.2.1 1998/192; Motion der FDP-Fraktion vom 15. Oktober 1998: Wisenbergtunnel. Dem 2. Juradurchstich zum Durchbruch verhelfen; überwiesen am 04/03/1999

Das Angebotskonzept und die Evaluation der benötigten Investitionsmodule werden vom Bundesamt für Verkehr zusammen mit den SBB und den Kantonen bearbeitet. Die Botschaft des Bundesrates wird voraussichtlich 2003 in die Vernehmlassung verabschiedet. Die Chancen zur Realisierung des Wisenbergtunnels sind intakt.

3.3.2.2 1998/219; Motion von Emil Schilt vom 29. Oktober 1998: Bahn 2000 im Raume Liestal; überwiesen am 04/03/1999

Das Teilstück von Bahn 2000 im Raum Liestal wird im Rahmen von Bahn 2000, 2. Etappe bearbeitet (vgl. Motion 1998/192). Das Wettbewerbsverfahren zur Aufwertung des Bahnhofgebiets Liestal ist abgeschlossen. Die Umsetzung beginnt 2003.

3.4 Justiz-, Polizei- und Militärdirektion

3.4.1 Postulate

3.4.1.1 1994/169; Postulat von Roland Meury vom 5. September 1994: Erleichterte Einbürgerung von Jugendlichen der sogenannten "zweiten Generation"; überwiesen am 20/10/1994

Der Bundesrat hat dem Parlament Ende 2001 die entsprechende Botschaft zugestellt. Zur Zeit der Drucklegung dieser Stellungnahme zu den Vorstössen hat der Nationalrat die Vorlage beschlossen, der Ständerat wird das Geschäft im Januar 2003 behan-

deln. Gemäss Auskunft des Bundes sollen die parlamentarischen Beratungen in der Session vom Juni 2003 abgeschlossen werden.

3.4.1.2 1994/175; Postulat von Klaus Hiltmann vom 5. September 1994: Einbürgerungs-Erleichterung für Jugendliche der zweiten Ausländergeneration; überwiesen am 20/10/1994

Der Bundesrat hat dem Parlament Ende 2001 die entsprechende Botschaft zugestellt. Zur Zeit der Drucklegung dieser Stellungnahme zu den Vorstössen hat der Nationalrat die Vorlage beschlossen, der Ständerat wird das Geschäft im Januar 2003 behandeln. Gemäss Auskunft des Bundes sollen die parlamentarischen Beratungen in der Session vom Juni 2003 abgeschlossen werden.

3.4.1.3 1995/159; Postulat von Theo Weller vom 11. September 1995: Revision des Gesetzes über die Jugendstrafrechtspflege vom 1. Dezember 1980; überwiesen am 05/02/1996

Es wurde eine Arbeitsgruppe mit Vertretungen der Jugendanwaltschaft, des Generalsekretariates JPMD und des Kantonsgerichts eingesetzt. Bis Ende 2003 wird eine Vernehmlassungsvorlage für ein revidiertes Jugendstrafrechtspflegegesetz ausgearbeitet.

3.4.1.4 1998/218; Postulat von Peter Tobler vom 29. Oktober 1998: Ergänzung der Zivilprozessordnung; überwiesen am 15/04/1999

Die Bearbeitung wurde sistiert, da der Bund beabsichtigt, die postulierte Schutzschrift im Rahmen der eidgenössischen Zivilprozessordnung zu regeln. Beim Bund kam es zu Verzögerungen, aber die Vernehmlassung soll gemäss neuestem Stand im Frühjahr 2004 eröffnet werden. Diese wird voraussichtlich ein halbes Jahr dauern. Der Bund meint, anschliessend ein Jahr zur Auswertung der Vernehmlassungsantworten zu benötigen. Anschliessend wird das eidgenössische Parlament die Schweizerische Zivilprozessordnung beraten. Berücksichtigt man, dass der Bund den Kantonen zur Umsetzung noch genügend Zeit wird einräumen müssen, erstreckt sich der Zeithorizont bis in die Jahre 2008/2009. Das ist zu lang, um das vorliegende Anliegen zu bearbeiten. Der Regierungsrat wird deshalb im Jahre 2003 eine Arbeitsgruppe einsetzen, die die kantonale ZPO einer Prüfung unterziehen soll, um dringende Anliegen umzusetzen.

3.4.1.5 1998/221; Postulat von Peter Brunner vom 29. Oktober 1998: Kontrollberichte und Analysen des Bundesgerichts über die Urteilspraxis der Baselbieter Gerichte; überwiesen am 15/04/1999

Wegen anderweitiger Arbeiten konnte die Bearbeitung nicht in Angriff genommen werden. Der Regierungsrat beabsichtigt, im Einverständnis mit der Ratskonferenz, diesen Vorstoss zur Weiterbehandlung an das

neu geschaffene Kantonsgericht mit der Justizverwaltung zu überweisen.

3.4.1.6 1998/259; Postulat von Dölf Brodbeck vom 16. Dezember 1998: Förderung zukunftsweisender Technologien im Strassenverkehr; überwiesen am 15/04/1999

Die Landratsvorlage wird dem Parlament im ersten Halbjahr 2003 zugeleitet.

3.4.1.7 1999/201; Postulat von Eric Nussbaumer vom 14. Oktober 1999: Baselbieter Zeitspende-Preis; überwiesen am 13/01/2000

Aufgrund anderweitiger Arbeiten kann das Konzept für einen Zeitspendepreis erst Ende 2003 vom Regierungsrat behandelt werden.

3.4.1.8 1999/170; Postulat der FDP-Fraktion vom 2. September 1999: Sofortmassnahmen im Asylbereich: Handeln tut Not!; überwiesen am 27/01/2000

Der Regierungsrat wird dem Landrat im ersten Halbjahr 2003 eine Vorlage zustellen.

3.4.1.9 1999/185; Postulat von Max Ribi vom 16. September 1999: Beschleunigung der Verfahren am Zivilgericht; überwiesen am 27/01/2000

Beim Bund kam es zu Verzögerungen, aber die Vernehmlassung soll gemäss neuestem Erkenntnisstand im Frühjahr 2003 eröffnet werden. Diese wird voraussichtlich ein halbes Jahr dauern. Der Bund meint, anschliessend ein Jahr zur Auswertung der Vernehmlassungsantworten zu benötigen. Anschliessend wird das eidgenössische Parlament die Schweizerische Zivilprozessordnung beraten. Berücksichtigt man, dass der Bund den Kantonen zur Umsetzung noch genügend Zeit wird einräumen müssen, erstreckt sich der Zeithorizont bis in die Jahre 2008/2009. Das ist zu lang, um das vorliegende Anliegen zu bearbeiten. Der Regierungsrat wird deshalb im Jahre 2004 eine Arbeitsgruppe einsetzen, die die kantonale ZPO einer Prüfung unterziehen soll, um dringende Anliegen umzusetzen.

3.4.1.10 1999/137; Postulat der SP-Fraktion vom 24. Juni 1999: Lockerung der Wohnsitzerfordernisses bei Einbürgerungen; überwiesen am 10/02/2000

Der Bundesrat hat dem Parlament Ende 2001 die entsprechende Botschaft zugestellt. Zur Zeit der Drucklegung dieser Stellungnahme zu den Vorstössen hat der Nationalrat die Vorlage beschlossen, der Ständerat wird das Geschäft im Januar 2003 behandeln. Gemäss Auskunft des Bundes sollen die parlamentarischen Beratungen in der Session vom Juni 2003 abgeschlossen werden.

3.4.1.11 2001/003; Postulat der SP-Fraktion vom 11. Januar 2001: Mener à bien - Erleichterte Einbürgerung für Jugendliche; überwiesen am 26/04/2001

Der Bundesrat hat dem Parlament Ende 2001 die entsprechende Botschaft zugestellt. Zur Zeit der Drucklegung dieser Stellungnahme zu den Vorstössen hat der Nationalrat die Vorlage beschlossen, der Ständerat wird das Geschäft im Januar 2003 behandeln. Gemäss Auskunft des Bundes sollen die parlamentarischen Beratungen in der Session vom Juni 2003 abgeschlossen werden.

3.4.1.12 2001/167; Postulat von Peter Tobler vom 21. Juni 2001: Vernehmlassung für formulierte Gesetzesinitiativen?; überwiesen am 29/11/2001

Der Vorstoss konnte bis jetzt noch nicht bearbeitet werden.

3.4.1.13 2001/073; Postulat von Esther Maag vom 22. März 2001: Aggression im Strassenverkehr; überwiesen am 29/11/2001

Der Vorstoss konnte bis jetzt noch nicht bearbeitet werden.

3.4.2 Motionen

3.4.2.1 1997/203; Motion von Paul Schär vom 16. Oktober 1997: Neuauflage Gastwirtschaftsgesetz; überwiesen am 22/01/1998

Ein Entwurf passierte das Vernehmlassungsverfahren. Ein bereinigter Entwurf wird im Februar 2003 dem Landrat zugeleitet werden.

3.5 Erziehungs- und Kulturdirektion

3.5.1 Postulate

3.5.1.1 1995/200; Postulat von Barbara Fünfschilling-Gysin vom 9. November 1995: Gemeinsame KindergärtnerInnenausbildung BL/BS; überwiesen am 25/01/1996

Wird mit der Vorlage HPSA BB erfüllt und kann nach Beginn der ersten Ausbildungsgänge abgeschrieben werden.

3.5.1.2 1996/020; Postulat von Barbara Fünfschilling-Gysin vom 25. Januar 1996: Gemeinsame Ausbildung der Primarlehrkräfte BL/BS; überwiesen am 25/03/1996

Wird mit der Vorlage HPSA BB erfüllt und kann nach Beginn der ersten Ausbildungsgänge abgeschrieben werden.

3.5.1.3 1999/268; Postulat von Robert Ziegler vom 15. Dezember 1999: Unterstützung von Sportvereinen in der Integration jugendlicher Ausländerinnen und Ausländer; überwiesen am 27/01/2000

Eine Vorlage zur Beantwortung des Postulats wird im Januar 2003 dem Landrat vorgelegt.

3.5.1.4 2000/145; Postulat von Heinz Aebi vom 22. Juni 2000: Förderung der Zweisprachigkeit in der Oberrheinregion; überwiesen am 30/11/2000

Vom Zwischenstand der Arbeiten zur Förderung der Zweisprachigkeit in der Oberrheinregion hat der Landrat an seiner Sitzung vom 29. Februar 2002 Kenntnis genommen. Eine interkantonale Einigung über eine koordinierte Staffelfung des Fremdsprachenbeginns konnte in der Zwischenzeit immer noch nicht erzielt werden. Da inzwischen auch die Lehrplanarbeiten für die Sekundarstufe I im Hinblick auf eine Inkraftsetzung auf Schuljahr 2004/05 aufgenommen werden mussten, wird im Kanton Basel-Landschaft vorderhand weiterhin Französisch in der 4. und 5. Klasse der Primarschule und mit der Einführung der neuen Stundentafel der Sekundarschule gemäss neuer Bildungsgesetzgebung neu zusätzlich Englisch ab 7. Schuljahr für alle Schülerinnen und Schüler unterrichtet (Niveau E und P obligatorisch, Niveau A als zusammen mit Französisch belegbares Wahlfach). Eine Änderung der Sprachenstaffelfung steht deshalb für die nächsten Jahre nicht mehr zur Disposition. Die EKD bereitet eine Landratsvorlage zur Abschreibung des Postulates vor.

3.5.1.5 2000/098; Postulat von Pascal Wyss vom 4. Mai 2000: Sicherung, Schutz und Nutzungskonzept für die Römervilla Munzach in Liestal; überwiesen am 30/11/2000

Die Hauptabteilung Kantonsarchäologie ist für die Sanierung der "Villa Munzach" seit einiger Zeit aktiv. Erste Konzeptarbeiten wurden in die Wege geleitet. Zuletzt musste das Vorhaben jedoch aus finanziellen Gründen zurückgestellt werden.

3.5.1.6 2000/167; Postulat von Peter Holinger vom 7. September 2000: Gesamtkonzept der beruflichen Nachwuchsförderung; überwiesen am 30/11/2000

Eine Vorlage zur Beantwortung des Postulats wird im Januar 2003 dem Landrat vorgelegt.

3.5.1.7 2000/244; Postulat der FDP-Fraktion vom 30. November 2000: Inventar der Immobilien, die von der Uni Basel genutzt werden; überwiesen am 22/02/2001

Verhandlungen zwischen den Regierungen Basel-Stadt und Basel-Landschaft über die Zukunft und Ausgestaltung des Universitätsvertrags laufen.

3.5.1.8 2001/055; Postulat vom 16. März 2001: "Hitzefrei im Kanton Basel-Landschaft"; überwiesen am 26/04/2001

Wird in der Verordnung zum Bildungsgesetz geregelt. Diese ist zur Zeit in Vernehmlassung.

3.5.1.9 2001/045; Postulat der FDP-Fraktion vom 22. Februar 2001: Optimierung der Berufsbildung; überwiesen am 31/05/2001

Der Zugang zur Universität wird gesamtschweizerisch geprüft, entsprechende Vorschläge liegen vor (Bearbeitung durch Hochschule St. Gallen).

Gewisse Teilprojekte aus dem Impulsprogramm «Chance» können weitergeführt werden, bis Informationen aufgrund von Evaluationen für weitere Entscheide vorliegen.

3.5.2 Motionen

3.5.2.1 2000/213; Motion der FDP-Fraktion vom 2. November 2000: Integration der Hochschule für Pädagogik (HP) und der Höheren Fachschule für Soziale Arbeit (HFSA) als zusätzliche Departemente in die bestehenden Strukturen der FHBB; überwiesen am 30/11/2000

LRV 2001/309 zur HPSA BB resp. Ergänzungsvorlage noch nicht verabschiedet.

3.6 Landeskanzlei

3.6.1 Postulate

3.6.1.1 1998/197; Postulat der FDP-Fraktion vom 15. Oktober 1998: Vereinfacht die Gesetzgebung; überwiesen am 15/04/1999

Dieses Postulat wird im Rahmen des langjährigen Projekts EFFILEX erfüllt.

3.6.2 Motionen

3.6.2.1 1996/179; Motion von Claude Janiak vom 5. September 1996: Erlass eines Gesetzes über das Archivwesen; Archivgesetz; überwiesen am 20/03/1997

Die Gesetzesvorlage wird vom Regierungsrat Ende Januar 2003 zuhanden des Landrates verabschiedet.

3.6.2.2 2000/144; Motion von Rita Bachmann vom 22. Juni 2000: Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte; überwiesen am 16/11/2000

Nach Ablauf der externen Vernehmlassung (31.2.2003) wird die Vorlage dem Landrat noch im 1. Quartal 2003 unterbreitet werden.

4 Anträge

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat:

1. die unter Ziffer 2 aufgeführten Vorstösse abzuschreiben und
2. von den Berichten zu den in Ziffer 3 aufgeführten Aufträgen Kenntnis zu nehmen und die Frist für die Erfüllung der Aufträge um ein Jahr zu verlängern.

Liestal, 28. Januar 2003

Im Namen des Regierungsrates
die Präsidentin:
der Landschreiber:

Schneider-Kenel
Mundschin

Beilagen:

- Erfüllte, aber noch nicht abgeschriebene Vorstösse (mit RR Vorlage)
- Abzuschreibende Aufträge (Postulate und Motionen)